

Öffentliche Mobilität - der Staat als Selbstbedienungsladen



Die Politik verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit – und untergräbt auch das Vertrauen derjenigen, die Subventionen erwirtschaften und über ihre Steuern bereitstellen -, wenn sie Sparsamkeit predigt, aber gleichzeitig immer neue milliardenschwere Wünsche aus dem System der Öffentlichen Mobilität akzeptiert. Der Staat

verkommt zudem in den Augen der Steuerzahler dann sehr schnell zum Selbstbedienungsladen, wenn dauerhaft der Eindruck vermittelt wird, dass Probleme ausschließlich durch immer mehr staatliche Gelder gelöst werden können.

Die wirtschaftliche Unsicherheit wächst. Investitionen werden verschoben oder ganz gestrichen. Insolvenzen nehmen zu, Betriebe schließen, Arbeitsplätze geraten unter Druck. In zahlreichen Branchen kämpfen Unternehmen mit steigenden Kosten und zudem wachsender Bürokratie. Auch die Bürgerinnen und Bürger spüren täglich diese Entwicklung. Energie, Lebensmittel, Wohnen und vieles mehr ist deutlich teurer geworden. In den privaten

Haushalten wird gerechnet, verglichen und gespart. Urlaube werden verschoben, Anschaffungen zurückgestellt, Ausgaben sorgfältig abgewogen. Sparsamkeit ist für viele Menschen längst keine politische Forderung mehr, sondern gelebte Realität.

Vor diesem Hintergrund wirkt es zunehmend irritierend, wenn nicht sogar bizarr, wenn ausgerechnet aus dem Bereich der öffentlich finanzierten Mobilität – und hier insbesondere ihrer Lobbyisten und gut bezahlten Funktionäre - immer neue Forderungen nach zusätzlichen Subventionen bis hin in den zweistelligen Milliardenbereich erhoben werden. Die Begründungen sind vielfältig und reichen von Geld für neue Programme bis zum Aufblähen

bestehender und Draufsatteln neuer Strukturen. Bei Betrachtung dieser Entwicklung drängt sich immer stärker der Eindruck auf, dass Teile des Systems Öffentliche Mobilität in einer anderen Wirklichkeit leben. Während Wirtschaft und Bürger eben gezwungen sind, ihre Ausgaben kritisch zu prüfen und Prioritäten neu zu setzen, scheint im öffentlich finanzierten Verkehrsbereich vielfach eine andere Logik zu gelten: Wenn ein Problem entsteht, wird zur Lösung des Problems nahezu reflexartig nach mehr Subventionen gerufen.

Damit wir uns nicht missverstehen: Die öffentliche finanzierte Mobilität ist ohne Wenn und Aber wichtig. Sie verbindet z.B. Regionen und leistet einen großen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Niemand sollte diese

Bedeutung infrage stellen. Gerade deshalb aber müssen sich die Handelnden der Verantwortung stellen, die mit der öffentlichen Finanzierung verbunden ist. Denn jeder Euro, der dort ausgegeben wird, wird letztlich aus der Leistung von Menschen und Unternehmen erwirtschaftet. Wer jedoch in dieser wirtschaftlich angespannten Zeit immer neue Forderungen nach mehr Geld stellt, ohne gleichzeitig über Effizienz, Prioritäten und Einsparpotenziale zu sprechen, sendet ein fatales Signal. Es entsteht der Eindruck, dass die wirtschaftliche Realität zwar für alle anderen gilt – aber nicht für die Protagonisten der öffentlich finanzierten Mobilität. Damit es klar und deutlich ist: Wenn Betriebe ihre Kosten senken müssen, wenn Familien ihren Lebensstandard anpassen, wenn

Kommunen und Länder ihre Haushalte unter Druck sehen, dann muss auch der öffentlich finanzierte Verkehrssektor bereit sein, seinen Beitrag zu leisten. Es geht nicht darum, Mobilität infrage zu stellen. Es geht darum, Maß zu halten. Es geht darum, Strukturen zu überprüfen, Doppelungen abzubauen, Projekte zu priorisieren und effizienter zu wirtschaften. Es geht darum, endlich die gleiche Ernsthaftigkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln zu zeigen, die von Bürgern und Unternehmen längst verlangt wird. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht es eine klare Haltung: Nicht jede Forderung kann erfüllt werden. Nicht jedes Projekt kann umgesetzt werden. Und nicht jede Kostensteigerung kann automatisch durch zusätzliche Steuermittel ausgeglichen werden.

Auch die Politik verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit – und untergräbt auch das Vertrauen derjenigen, die die Subventionen erwirtschaften und über ihre Steuern bereitstellen - , wenn sie Sparsamkeit predigt, aber gleichzeitig immer neue milliardenschwere Wünsche aus dem System der Öffentlichen Mobilität akzeptiert. Der Staat verkommt zudem in den Augen der Steuerzahler dann sehr schnell zum Selbstbedienungsladen, wenn dauerhaft der Eindruck vermittelt wird, dass Probleme ausschließlich durch immer mehr staatliche Gelder gelöst werden können.

Es ist höchste Zeit für ein Umdenken. Die Verantwortlichen im öffentlich finanzierten Mobilitätsbereich müssen sich der Realität stellen und

anerkennen, dass auch ihr System Teil derselben wirtschaftlichen Lage ist, die Unternehmen, Kommunen und Bürger längst erreicht hat. Kurz gesagt: Es braucht das Bewusstsein, dass öffentliche Mittel keine unerschöpfliche Ressource sind.

Wer das nicht erkennt, läuft Gefahr, dauerhaft den Bezug zur Realität zu verlieren.